

Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)

Bericht der Verwaltung

für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr
Stadtentwicklung und Energie am 11. September 2014

Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken im Land Bremen Lärmschutzwand Osterfeuerbergstraße

Vorbemerkungen

In der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 3. Juli 2014 ist durch den Abgeordneten Herrn Pohlmann (SPD) der Wunsch nach einem schriftlichen Bericht zum Thema Bau einer Lärmschutzwand in Bremen Walle – aktueller Sachstand geäußert worden. Mit der Vorlage wird diesem Wunsch entsprochen.

Hintergrund

Das Thema wurde erstmals in der Deputationssitzung am 7. Februar 2013 behandelt.

Der Bereich Walle ist bereits 2005 durch den Bund im Rahmen der freiwilligen Lärmsanierung bezüglich aktiver Lärmschutzmaßnahmen untersucht worden. Aus wirtschaftlichen Gründen konnten nach den Regularien für die freiwillige Lärmsanierung des Bundes keine Lärmschutzwände aufgestellt werden. Die Eigentümer konnten in diesem Bereich Fördermöglichkeiten für passive Schallschutzmaßnahmen (wie Lärmschutzfenster) in Anspruch nehmen.

Im Juli 2010 stellte ein Ehepaar aus der Osterfeuerbergstraße eine Petition an den Deutschen Bundestag, die durch zahlreiche Mitzeichner/innen unterstützt wurde. Im Rahmen dieser Petition und einer darauf gefolgten Vorortbesichtigung hat der Bund den Bau einer Lärmschutzwand westlich der Eisenbahnstrecke Bremen – Bremerhaven zwischen dem Bremer Fernmeldeturm und dem Walle-Center zugesagt. Die Maßnahme wurde daraufhin in die Maßnahmenliste des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms II des Bundes aufgenommen. Die Umsetzung wurde im Rahmen der Sammelvereinbarung 40 vom Bund an die DB delegiert.

Aktueller Sachstand

Die DB hat den Antrag auf finanzielle Baufreigabe bereits gestellt. Die Baumaßnahme soll bis Dezember 2014 fertiggestellt sein.

Gebaut werden soll eine 3m über Schienenoberkante hohe und 228m lange Lärmschutzwand an der Strecke 1412 (westliches Güterverkehrsgleis) zwischen km 1,431 (ca. Bergerstraße) und km 1,659 (EÜ Osterfeuerbergstraße). Für den Bau muss das vorhandene Ran-

giergleis 75 zurückgebaut werden. Ein entsprechender Antrag auf Rückbau wurde seitens der DB beim Eisenbahn-Bundesamt gestellt. Damit wird die Wand ausschließlich auf Grundstücken der DB errichtet.

Zur Vermeidung von Schallreflexionen werden die Wandelemente beidseitig hochabsorbierend ausgeführt. Die mittlere Pegelminderung liegt bei 2,4 dB, die maximale Minderungswirkung beträgt 7 dB. Die vom Bund zu tragenden Baukosten belaufen sich auf ca. 430 TEUR netto.

Zusätzlich werden im Einflussbereich der Lärmschutzwand sogenannte Schienenstöße (Isolierstöße) durch die DB ersatzlos entfernt. Isolierstöße können laute Schlaggeräusche bei jeder Achsüberfahrt verursachen. Mit dem ersatzlosen Wegfall dieser Stöße, können störende Schlaggeräusche in Zukunft vermieden werden. Ermöglicht wird dies auf Grund eines Technologiewechsels in der Signaltechnik.

Weitere Maßnahmen im Umfeld der Osterfeuerbergstraße im Rahmen der Lärmaktionsplanung

Der Bau von Lärmschutzwänden im Rahmen der freiwilligen Lärmsanierung scheiterte 2005 bereits auf Grund eines erhöhten baulichen Aufwands und den damit verbundenen Kostensteigerungen. Der vorhandene Bahndamm im Umfeld der EÜ Osterfeuerbergstraße, wird von einer zum Teil 3 - 4 m hohen Stützmauer gehalten. Damit sind die Platzverhältnisse mangels Böschung bereits stark eingeschränkt. Eine Gründung müsste daher oberhalb der Stützmauer erfolgen. Nach Aussagen der DB ist eine solche Gründung aus statischen Gründen nicht möglich, da keine zusätzliche (Wind-)Lasten von dieser Stützmauer aufgenommen werden können.

Ob an dieser Stelle weitere Maßnahmen auf kommunaler Ebene umsetzbar sind, bedarf weiterer Untersuchungen und soll Anfang 2015 im Rahmen einer gesamtstädtischen Betrachtung erfolgen. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) wird über das Untersuchungsergebnis in Form einer Maßnahmenliste im ersten Quartal 2015 informiert.

Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.